Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend, 10. Mai 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

10. 5. m Nr. 219 100 Milliarden
63. Jahrgang.

Vermittlungsaktion an der Ruhr.

Mehlich lädt ein.

Unveränderte Lage.

Dortmund, 9. 5. (W. T. B.) **Reichs- und Staatskommissar Mehlich, der heute von einer Reise zurückgekehrt ist, hat unverzüglich eine Vermittlungsaktion zur Beilegung des Kampfes im Bergbau eingeleitet. Es sind zunächst die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände zu Freitag abend zu einer Besprechung geladen. Morgen sollen Besprechungen mit den Vertretern der Zechenverbände stattfinden.**

Vormittags wurde von einer Reihe von Zechen des Ruhrreviers gemeldet, daß die Gesuche um Arbeitsaufnahme ständig im Steigen sind.

*

Ueber ein Ergebnis der gestern Abend eingeleiteten Besprechungen in Dortmund lagen bis Schluß des Blattes Nachrichten nicht vor.

Besprechungen in Recklinghausen.

Recklinghausen, 9. 5. (W. T. B.) Die Verhandlungen, die heute vormittag in der Bergwerksdirektion Recklinghausen zwischen einem Vertreter des preußischen Handelsministeriums, dem Präsidenten der Bergbaudirektion Geheimrat Raiffeisen und Vertretern der Bergarbeiterverbände bis in die Nachmittagsstunden hinein stattfanden, sind, wie wir erfahren, erfolglos geblieben.

Beginn der Tarifverhandlungen.

ü. **Essen**, 9. 5. (Eigenbericht.) In Essen haben heute zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverbande die Verhandlungen über den neuen Rahmentarif begonnen. Bei diesen Besprechungen wurden aber die Differenzen in der Frage der sieben- oder achtstündigen Arbeitszeit, die zu der Aussperrung geführt haben, nicht berührt. Die angeblichen Vermittlungsversuche des Reichsarbeitsministers haben bisher noch keine erkennbare Wirkung gehabt.

Die Verhandlungen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden sind auf Montag vertagt worden.

x. **Gelsenkirchen**, 9.5. (Eigenbericht. Die Hoffnungen, die von Arbeitnehmerseite anscheinend auf die heutigen Essener Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gesetzt worden sind, haben sich, wie wir gestern schon vorausgesagt haben, nicht erfüllt. Bei diesen Besprechungen ist nur der Rahmentarif behandelt worden, an dem die Organisationen bekanntlich nach Maßgabe des letzten Schiedsspruches bis zum 17. Mai festgestellt haben müssen, über welche Punkte eine Einigung möglich ist und welche anderen dann bis zum 31. Mai durch Schiedsspruch geregelt werden müssen. Es ist bei diesen heutigen Verhandlungen auch gar nicht der Versuch gemacht worden, die Streiklage mit einzubeziehen.

In Arbeitgeberkreisen sieht man einen anderen Verhandlungsboden als den der Hammer Verbindlichkeitserklärung noch nicht und ist deshalb der Ansicht, daß eine Lösung des Konflikts sich vorläufig nur daraus entwickeln kann, daß die Bergleute von der Mitteilung Gebrauch machen, die auf allen Schachtanlagen angeschlagen ist: si chbei ihren Betriebsführern zu melden und zur Verfahrung der tarifmäßigen Schichten bereit erklären. An vielen Stellen sind solche Meldungen auch bereits erfolgt.

Die Lage ist aber dadurch wieder schwieriger geworden, daß auf einer ganzen Reihe von Schachtanlagen des Ruhrgebiets heute zahlreiche Belästigungen der Arbeitswilligen und auch der Beamten stattgefunden haben, die die Notstandsarbeiten verrichten. Die Leute wurden mit Steinen beworfen und mißhandelt. Nach dem Gesamteindruck der Lage läßt sich also nur feststellen, daß der Kampf im Augenblick mit unverminderter Schärfe fortgeht.

*

Die Hoffnung, daß bei den gestern abgehaltenen Verhandlungen der Zechenverbände und Gewerkschaften über den Manteltarif auch eine Erörterung und Klärung der Konfliktspunkte stattfinden würden, hat sich leider nicht erfüllt, wenn wir es auch immerhin als ein günstiges Zeichen betrachten wollen, daß der sozialistische Staatskommissar Mehlig gestern neue Verhandlungen eingeleitet hat.

Die Arbeitgeber verharren auf ihrem Rechtsstandpunkt, dessen Haltbarkeit jedoch von der Gegenseite stark bestritten wird. In seiner Verbindlichkeitserklärung hat der Reichsarbeitsminister einige, wenn auch nicht sehr wesentliche Aenderungen der vorausgegangenen Schiedssprüche vom 23. und 28. April vorgenommen, obwohl § 25 der Schlichtungsverordnung vom 29. Dezember 1923 bestimmt, daß bei einer Verbindlichkeitserklärung der Schiedsspruch nur mit Zustimmung der Parteien abgeändert werden darf. Der Hinweis der Arbeiterschaft, daß angeblich die Unternehmer ja auch nach der Fällung des Schiedsspruches vom 19. April die Lohnerhöhung auch nach der von den Gewerkschaften beantragten Verbindlichkeitserklärung nicht leisten würden, kann freilich das Vorgehen der Arbeitgeberverbände nicht rechtfertigen, da zwischen einer angedrohten und vollendeten Tat immerhin ein großer Unterschied besteht.

Dem Unternehmertum wird man sicher nicht in seiner Gesamtheit den von radikaler Seite oft erhobenen Vorwurf eines Scharfmachertums machen können. Die Erledigung der Urlaubsfrage, die Behandlung des Rahmentarifs und die rasche, vielleicht auch übereilte Aussperrung der Arbeiter, noch bevor die Revierkonferenzen zu dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers Stellung genommen hatten, haben zu einer Entspannung der sozialen Lage nicht eben beigetragen. Doch es ist müßig, in diesem Augenblick, wo die Frage der Schuld, an der ohne Zweifel der Druck der Micumverträge und der Ruhrbesatzung den Hauptanteil trägt, zu sprechen. Die Forderung der nächsten Stunde geht auf eine Beilegung des Konflikts. Die bestehenden Differenzen zwischen den beiden Parteien sind keineswegs so groß, daß sie diesen verhängnisvollen Arbeitskampf rechtfertigen könnten. Während die Unternehmerschaft in dem Schiedsspruch die achtstündige Untertagearbeitszeit festgelegt wissen will, wollen die Arbeiter prinzipiell am Siebenstundentag festhalten und die achte Stunde, zu deren Leistung sie sich bereit erklären, als eine Ueberstunde festlegen. Nach den Berichten und Kundgebungen der Gewerkschaften ist jedenfalls der Wille der Arbeiter zur Leistung von acht Stunden vorhanden. An dieser formalen Frage darf eine Verständigung nicht scheitern. Der zweite Streitpunkt besteht in der Lohnfrage. Eine Erhöhung von 15 Prozent ist von den Arbeitgebern durch die Zustimmung zum verbindlichen Schiedsspruch vom 3. Mai zugestanden worden. Jedoch erst mit Wirkung vom 1. Mai ab, während die Arbeiter an der Zahlung der erhöhten Bezüge vom 5. April, wie in dem Schiedsspruch vom 23. April vorgesehen war, festhalten wollen. Gegenüber dem ungeheuren täglichen Schaden von 8—9 Millionen Mark, der durch den Streik verursacht wird, dürfte auch dieses ohne Zweifel schwere Zugeständnis der Zechen zu überlegen sein. Der dritte Streitpunkt ist die Frage des Manteltarifs. Die Verhandlungen, die gestern in Essen über seinen Abschluß stattgefunden haben, deuten darauf hin, daß auch hier keine unüberwindlichen Schwierigkeiten vorhanden sind. Da die Regelung der Lohn- und Zeitverhältnisse bis zum Herbst dieses Jahres vorgenommen wird, wünschen die Gewerkschaften, daß auch der Manteltarif bis zu diesem Zeitpunkt vereinbart und die gesamten strittigen Fragen zusammen behandelt und gelöst werden sollen.

Da auf beiden Seiten in den maßgebenden Kreisen der Wille zur Verständigung vorhanden ist, darf man hoffen, daß der die Wirtschaft gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders schwer erschütternde Konflikt möglichst schnell aus der Welt geschafft wird.

Besserung in Oberschlesien.

gh. **Breslau**, 9.5. (Eigenbericht.) Die Streiklage in Oberschlesien sieht wesentlich günstiger aus. Die Zahl der Arbeitswilligen hebt sich immer mehr; immerhin ist eine Förderung in den Gruben noch nicht möglich, weil noch zu wenig Arbeiter kommen. Es sind noch folgende Hütten und chemische Werke im Streik: Julienhütte, Oberschlesische Kokswerke mit Redenhütte und die Rütgerswerke. Die staatliche Hütte in Gleiwitz arbeitet wieder. Eine Teilnahme von Eisenbahnern an dem Streik kommt nicht in Betracht.

Arbeitswillige in Sachsen.

sd. **Dresden**, 9.5. (Eigenbericht.) Im Streik beim sächsischen Steinkohlenbergbau hat sich nichts wesentlich Neues ereignet. Die Zahl der Arbeitswilligen, die die Arbeit wiederaufgenommen haben, ist gestiegen. Auf einzelnen Zechen, insbesondere im Lugau-Oelsnitzer Revier, sind Teile der Belegschaften wieder eingefahren. Beim Bergbaulichen Verein laufen täglich schriftliche Bitten von Arbeitern um genügenden polizeilichen Schutz ein, damit sie wieder zur Arbeit gehen können.

Der Kampf in der badischen Metallindustrie.

m. **Mannheim**, 9. 5. (Eigenbericht.) Die Aufforderung der Werkleitungen der Metallindustrie in Mannheim-Ludwigshafen, die ihre Belegschaft wegen Verweigerung der Annahme des Schiedsspruches aussperren mußten, unter den bereits veröffentlichten Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, ist heute jedem einzelnen Arbeiter durch Postkarte zugestellt worden. Der Schritt des Verbandes der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und der angrenzenden Industriebezirke ist erfolgt, nachdem die Verhandlungen, die vorgestern und gestern unter dem Vorsitz eines badischen Regierungsvertreters zur Beilegung des Konfliktes stattgefunden haben, erneut gescheitert sind.

Der ausgesperrte Kommunistenprofessor.

pp. **Jena**, 9. 5. (Eigenbericht.) Der kommunistische Universitätsprofessor Dr. jur. Korsch, der bekanntlich im thüringischen Justizministerium zehn Tage als Justizminister amtierte, wurde vom eSnat am Betreten der Universität gehindert, als er heute seine Vorlesungen wieder aufnehmen wollte. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Korsch bei Antritt seiner Ministerschaft auf seine Professur verzichtet hat. Korsch zog mit seinen Anhängern in einen Saal des Volkshauses und hielt dort seine Vorlesung ab.

Die Moltke-Feier in Halle.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt über die am 11. d. M. stattfindende Einweihung des zerstörten Moltke-Denkmals in Halle folgendes mit: Die Staatsregierung hat den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Mitteldeutschlands, die aus eigenen Mitteln die Kosten der Wiederherstellung des Denkmals mit Zustimmung der Stadtverwaltung bestritten haben, unter folgenden Einschränkungen die Einweihungsfeier genehmigt:

Sämtliche Umzüge haben zu unterbleiben. Es dürfen nur Fahnen, die entweder die alten, die neuen Reichsfarben, die preußischen Farben oder politisch indifferente Vereinsfarben tragen, bei der Feierlichkeit in Erscheinung treten. Die Feier selbst ist in zwei Teilen genehmigt. Eine Feier am Denkmale selbst mit 1500 bis 2000 Teilnehmern und eine Feier aus den über diese Zahl hinaus erschienenen Teilnehmern außerhalb des Weichbildes der Stadt auf der Rennbahn. Die Gestellung von Sonderzügen für auswärtige Teilnehmer war von vornherein ausgeschlossen.

Eine Feier in diesem Rahmen ist die Staatsregierung gewillt, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Störungsversuche von anderer Seite zu schützen. Sollten die Veranstalter nicht unbedingte Sicherheit für Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen geben, so würde noch in letzter Stunde eine Zurücknahme der Genehmigung erfolgen müssen.

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 18⅞ Billionen Mark.

Poincaré fährt nach Chequers.

Verhandlungen mit Mac Donald am 20. Mai.

sf. **Paris**, 9.5. (Eigenbericht.) **In der Frage der Sachverständigenberichte bildet, wie schon bereits heute früh gemeldet, die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Mac Donald die Sensation. Havas meldet heute 8 Uhr abends, daß die Zusammenkunft in Chequers am 20. Mai offiziös und privat stattfindet, da Mac Donald parlamentarischer Arbeiten halber England nicht verlassen könne.**

In der ersten Junihälfte könnte dem „Intransigeant" zufolge eine Konferenz der alliierten Erstminister stattfinden, und zwar in Paris oder London, dann käme eine Konferenz unter Teilnahme Deutschlands, und so könnte im Herbst in der Welt Ruhe eintreten.

„Journée industrielle" hat dieses Programm übrigens schon vor Wochen aufgestellt. Es ist unzweifelhaft ein Ergebnis der deutschen Wahlen, daß ein sonst so extremes Blatt wie der „Intransigeant", das durch seinen gewesenen Chefredakteur noch gute Beziehungen besitzt, sich so hoffnungsvoll aussprechen zu sollen glaubt.

Das „Journal" berichtet, daß für die von den Experten vorgeschlagenen leitenden Stellen Bradbury oder der Belgier Delacroix in Betracht kommen, daß aber Poincaré an dieser Stelle einen Franzosen (Barthou?) wünscht. Die Tagungen dieses Komitees sollen, falls Deutschland gutwillig sein sollte, in drei Monaten anfangen. Mac Donalds Absichten, den Völkerbund für eventuelle Sanktionen heranzuziehen, soll nach Meldung des „Journal" dieser abgelehnt haben.

Verschärfter Wahlkampf in Frankreich.

sf. **Paris**, 9. 5. (Eigenbericht.) Der französische Wahlkampf ist heute wesentlich schärfer geworden, und im Handgemenge heben sich einige interessante Zweikämpfe heraus. Die extreme Rechte greift den Nationalen Block schärfer an, als ihn die Linke und die Kommunisten angreifen, während letztere die heftigsten Angriffe gegen die Sozialisten richten. Auf dem rechten Flügel geht es besonders um die Katholiken, welche Daudet für die Monarchie und Hervé für Millerand gewinnen will. Dabei gerieten sich Daudet und Hervé in die Haare und schimpften heftig aufeinander, wobei die Palme unzweifelhaft Daudet gebührt. Wenn man dem „Figaro" glauben darf, scheinen die Katholiken weitergehendere Wünsche zu haben, als Millerand gewähren kann, und so neigen ihm die Monarchisten um so mehr zu, als sich ihnen auch eine Anzahl äußerst rechtsstehender Republikaner angeschlossen hat, darunter auch ein Dr. Boyer, Onkel von Millerand.

Daß am Wahltage das Fest der Jungfrau von Orleans begangen wird, kommt den Katholiken stimmungsfördernd zugute, und es erregt bei ihnen großes Befremden, daß das Innenministerium mit Rücksicht auf das Wahlfieber eine Einschränkung der Feier angeordnet hat. Der nationale Block beschäftigt sich mit der Katholikenfrage nicht gern; er stürzt sich um so empörter auf andere und besonders auf Léon Blum und dessen Teilnahme am Hamburger Sozialistenkongreß, wo Blum das Versailler Diktat im allgemeinen verurteilte und die den Deutschen abgezwungene Selbstbeschuldigung, am Kriege schuldig gewesen zu sein, als besonders unmoralisch bezeichnet hat. Poincaré hat jedoch, von Blum angerufen, den Sozialistenführer von der Beschuldigung der Deutschenfreundschaft losgesprochen.

Am Abend hat der Kommunist Moulins eine neue Note angeschlagen. Dieser, bekanntlich der letzte französische Botschafter in Rußland, kandidiert selbständig als unmittelbarer Anhänger Poincarés. Er verblüffte eine Wählerversammlung, als er seine Erlebnisse mit Trotzki erzählte. Trotzki wäre 1917, wie Moulins berichtet, zur Fortführung des Krieges zugunsten Frankreichs entschlossen gewesen. Er hätte das Möglichste versucht und hätte weinend Moulins sein Ohnmacht gegenüber der Kriegsunlust der Armee eingestanden. Er soll beigefügt haben, er liebe Frankreich, das er als seine zweite Heimat betrachtet. Die Folgerung, die Moulins daraus gezogen hatte, war die, daß nun Frankreich ebenfalls nicht verraten werden durfte.

Deutsche Wahlen und Gutachten.

a. **London**, 9. 5. (Eigenbericht.) Die Londoner Wochenschrift „Newstatesman", die ihrer politischen Richtung nach der Arbeiterpartei nicht fernsteht, bringt eine bemerkenswerte Betrachtung über die Stellung Deutschlands zum Finanzbericht. Das Blatt führt aus, daß die deutschen Rechtsparteien die Ansicht vertreten, daß Deutschland durch die Erfüllungspolitik in immer größere Schwierigkeiten geraten sei. Diese Behauptung sei dank Herrn Poincaré unzweifelhaft richtig. Wenn die deutsche Regierung, schreibt das Blatt in diesem Zusammenhange, im Laufe der letzten zwei Jahre irgend einmal eine festere Haltung gegenüber Frankreich gezeigt hätte, so wäre eine Verständigung wahrscheinlich schneller gekommen.

Man ersieht aus dieser englischen Betrachtung, daß die englischen Linksparteien im stillen den Erfolg der bisherigen Nachgiebigkeit ganz richtig einschätzen, aber das hindert sie natürlich nicht, daß sie dennoch die Fortsetzung dieser Politik verlangen. Gerade in diesem Augenblick sei nach der Ansicht des „Newstatesman" eine Versteifung der deutschen Haltung unangebracht. Der Bericht müsse, so wie er ist, angenommen werden. Von deutschen Bedingungen könne keine Rede sein. Wenn die Pariser Vorschläge etwa Satz für Satz zwischen Poincaré und einem Manne, wie dem Grafen Westarp, diskutiert werden sollen, so könne man ihn ebenso gut gleich in den Papierkorb werfen. Es wäre dann nicht einmal der Mühe wert, daß sich England bei diesen Verhandlungen vertreten lasse, denn sie müßten unbedingt zusammenbrechen. Zum Schluß folgt die übliche Drohung, daß Deutschland durch eine feste Politik England auf die Seite Frankreichs treiben würde.

Die ganze Darlegung ist eine recht bemerkenswerte Illustration der englischen Haltung. Man erkennt in England sehr wohl, daß die bisherige Schwäche der deutschen Politik nur unheilvolle Folgen hatte, aber da die Annahme des Finanzberichtes im höchsten Interesse Englands liegt, so drängt man im entscheidenden Augenblick abermals auf ein Nachgeben Deutschlands.

Neuer Separatistenterror.

Attentat auf den Regierungspräsidenten der Pfalz.

m. **Speyer**, 8. 5. (Eigenbericht.) Das von den Separatisten auf den Regierungspräsidenten der Pfalz geplante Attentat ist jetzt erst der breiteren Oeffentlichkeit bekannt geworden, weil die Separatisten strengstes Stillschweigen wahrten. Erst durch das eigene Geständnis eines der gedungenen Mörder, eines frühreifen Burschen namens Gump, hat man auf deutscher Seite von den Mordplänen Kenntnis erhalten. Gump, der sich den Separatisten in Ludwigshafen als Spitzel im rechtsrheinischen Deutschland angeboten hatte, wurde von dem Kommandanten der separatistischen Truppen, dem berüchtigten Separatistenführer Schenk-Maikammer, aufgefordert, zuerst die Oberstaatsanwälte Mickel und Bender in Mannheim zu ermorden. Später erhielt er zusammen mit einem anderen Separatisten, einem gewissen Oswald Hermann, von dem Separatistenführer den Auftrag, den Regierungspräsidenten der Pfalz in Heidelberg durch einen Bombenanschlag im Bureau oder in seiner Wohnung zu beseitigen. Für die Ausführung des Attentates wurden den beiden Separatisten 1000 Franken Belohnung und eine gute Stellung mit hohem Gehalt in der separatistischen Regierung angeboten. Der Attentatsplan war in allen Einzelheiten festgelegt. Die Bombe, die den beiden Attentätern für den Anschlag auf den Regierungspräsidenten von dem Separatistenführer ausgehändigt wurde, war nach Aussagen der separatistischen Wachmannschaft in Ludwigshafen, also nach einer in dieser Beziehung gewiß unverdächtigen Quelle, in den Werkstätten der französischen Eisenbahnregie in Ludwigshafen für die Separatisten angefertigt worden.

Zusammenstoß mit französischem Militär.

m. **Germersheim**, 9. 5. (Eigenbericht.) Zu einem Zusammenstoß zwischen drei jungen Leuten und drei französischen Unteroffizieren kam es am Mittwoch abend gegen 9 Uhr auf dem Ludwigsplatz, wo die drei Deutschen, die sich miteinander unterhielten, ohne jede Veranlassung von zwei angetrunkenen französischen Unteroffizieren angerempelt und darauf ohne weiteres am Hals gepackt und mißhandelt wurden. Ein dritter Unteroffizier wollte sich an den Mißhandlungen beteiligen, doch gelang es den drei jungen Leuten, sich in diesem Augenblick zu befreien und trotz Verfolgung ihren Angreifern zu entkommen.

Rückkehr Ausgewiesener.

m. **Landau**, 9. 5. (Eigenbericht.) Von den während des passiven Widerstandes aus der Pfalz Ausgewiesenen hat bis jetzt noch keiner die Erlaubnis zum ständigen Aufenthalt in der Pfalz erhalten. Den wenigen, die bis jetzt in die Pfalz zurückkehren durften, wurde ein sogenannter längerer oder kürzerer Urlaub bewilligt, der nach Ablauf der Frist verlängert werden muß.

Tschechische Unfreundlichkeit.

sd. **Dresden**, 9. 5. (Eigenbericht.) Die besondere Unfreundlichkeit der tschechischen Regierung gegen Reichsdeutsche beleuchtet folgender Vorfall: Zur Tagung der Deutschnationalen Partei Deutschböhmens, die am 10. und 11. Mai in Tetschen stattfindet, suchte ein hiesiger Journalist das Paßvisum des tschechischen Generalkonsuls in Dresden nach. Obwohl alle Ausweise in Ordnung waren, lehnte dieser die Erteilung des Visums mit dem Hinweise darauf ab, daß eine Einreiseerlaubnis für Journalisten für diese Tagung nur vom tschechischen Außerministerium erteilt würde, und äußerte dabei, daß eine Hinreise überhaupt zwecklos wäre, da die Tagung polizeilich überwacht würde. — Eine merkwürdige Angst vor der Wahrheit.

Die österreichische Finanzkrise.

kgb. **Wien**, 9.5. (Eigenbericht.) Die durch übertriebene im Ausland verbreitete Gerüchte über die Lage des Wiener Finanzmarktes entstandene Beunruhigung in Wien ist heute einer wesentlich ruhigeren Beurteilung gewichen. Auch aus dem Ausland liegen Stimmen vor, welche eine Beruhigung erkennen lassen. Die finanziellen Kreise haben auch die heute vom Ministerrat beschlossenen Steuerermäßigungen und Steuererleichterungen, die der Wirtschaft zustatten kommen müssen und ehestens vom Nationalrat verabschiedet werden sollen, mit Befriedigung aufgenommen. Im Ministerrat hat heute auch der Handelsminister über die Verhandlungen bezüglich des Zolltarifs berichtet. Die Erledigung des Zolltarifs gehört noch zu den wichtigsten Aufgaben der Sommersession des Parlaments.

Die Prager Presse meldet aus London, daß die günstigere englische Auffassung über eine baldige Lösung der Reparationsfrage für die in London zur Verhandlung stehende Auflegung der zweiten Rate der im Vorjahr aufgenommenen tschechischen Anleihe eine günstigere Atmosphäre geschaffen habe. Namens der tschechischen Regierung verhandeln in London über die Anleihe zwei Direktoren des Prager Finanzamts.

Monsignore Czeplak beim Papst.

fr. **Mailand**, 9. 5. (Eigenbericht.) Monsignore Czeplak ist bei seinem Besuch in Rom vom Papste empfangen worden und blieb als Gast des Papstes im Vatikan.

*

Der Erzbischof Czeplak, das Haupt der katholischen Kirche in Rußland, war von der Sowjetregierung wegen Widerstandes gegen die Konfiskation von Kirchengütern verhaftet und zum Tode verurteilt worden. Nach langen Verhandlungen und persönlicher Verwendung des Papstes wurde er wieder freigelassen; in Warschau gestaltete sich seine Rückkehr zum Triumphzuge. Einer persönlichen Einladung des Papstes, der bekanntlich selbst früher Bischof in Warschau war, folgend, begab sich Kardinal Czeplak in den letzten Tagen nach Rom.

Der cubanische Gesandte legt Wert darauf, zu erklären, daß der zweite Absatz in unserer Information vom 6. Mai über den Aufstand in Cuba nicht von ihm inspiriert worden ist. — Der Inhalt stammt aus anderer zuverlässiger Quelle.

Dr. Bücher über die Gutachten.

Rede auf der Tagung der Maschinenbauer.

In der gestrigen, der Erörterung der Lage, der Aufgaben und der Zukunft des deutschen Maschinenbaus gewidmeten ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, in der die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsverkehrsministeriums, des preußischen Handels- und des Unterrichtsministeriums ihre Wünsche und ihre Anerkennung für diesen vorbildlichen Träger deutscher Arbeits- und Pflichtgemeinschaft bekundeten, sprach nach der die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und die sittlichen Ziele der Arbeit des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten beleuchtenden Ansprache des ersten Vorsitzenden, Generaldirektors Dr. Reuter, das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Bücher, über die Sachverständigen-, besonders das Dawes-Gutachten, im Sinne einer Rechtfertigung der Stellungnahme des Reichsverbandes.

Wenn Bergbau und Eisenindustrie nicht mehr deutsch sein sollten, könnte auch die große weiterverarbeitende Industrie nicht erhalten werden. Es bestehe weiter die große Gefahr, daß die Währung nicht stabil erhalten werden kann, wenn der dazu erforderliche Warenexport fehlt. Das von dem Reichsbankpräsidenten Schacht geschaffene Geldinstitut ist auf viel zu kleiner Basis errichtet. Der Versailler „Vertrag" hat offenbar auch die anderen Länder geschädigt; sonst würde das Sachverständigengutachten, dessen leitende Ideen übrigens durch das deutsche Angebot vom 7. Juni 1923 suggeriert sind, nicht existieren. Es handelt sich bei dem Gutachten um eine Exekution des Artikels 234 des Versailler „Vertrages". Das Neue darin ist gegenüber dem Londoner Ultimatum, daß das Primäre der Transferierung nicht die Summe der Verpflichtungen, sondern die Erhaltung unserer Währung ist, und daß die Barzahlungen auf das wirtschaftlich Tragbare beschränkt sind. Es ist das der einzig mögliche Weg in einem Land mit so ungenügender agrarischer Basis und so starker Exportnotwendigkeit wie Deutschland. Von den aus den Barleistungen eingehenden Summen soll, nach Abzug des finanziellen Transfers, jedes Land Waren beziehen können nach bestimmten Quoten. Es ist Gewähr geboten, daß eine Ueberfremdung deutschen Besitzes nicht eintreten kann, und es besteht die Möglichkeit, daß große Beträge in langfristigen Investitionen in Deutschland begeben und dadurch die Verhältnisse unserer Wirtschaft, die unter schwerster Kapital- und Kreditnot leidet, günstig beeinflußt werden. Durch die Zahlungen, die das Gutachten vorsieht, sollen alle Zahlungen aus dem Versailler „Vertrage" abgedeckt werden. Lediglich als eine Verhandlungsbasis ist das Gutachten von der Industrie gutgeheißen worden; es steht nichts im Wege, zu ändern oder ein anderes System zu wählen; nur die Summe darf nicht verändert werden.

Mit äußerster Schärfe wandte sich Geheimrat Bücher in seinen Schlußsätzen gegen die Versuche gewisser Blätter — er nannte die „Münchener Neuesten Nachrichten" —, die Kapazität und Autorität der internationalen Sachverständigen in Zweifel zu ziehen. Die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sind Sachverständige allerersten Ranges, Männer, die einen wirtschaftlichen Weltruf haben. Wir müssen das Gutachten als einen ehrlichen Versuch, das Reparationsproblem zu lösen, beurteilen und annehmen, wir müssen an den ernsten Willen der Sachverständigen glauben, der Vernunft und der Verantwortlichkeit zum Siege zu verhelfen, weil uns, wenn wir auch dies Gutachten ablehnen wollten, gar nichts mehr übrig bliebe, und wir müssen um unserer selbst und um unserer Kinder willen uns dafür einsetzen, das Beste aus einer schlechten Sache zu machen.

Der diesen Ausführungen folgende einmütige Beifall der imposanten Versammlung bewies, daß die deutsche Maschinenindustrie rückhaltlos den Standpunkt der Gesamtindustrie teilt, die in dem Dawes-Gutachten eine geeignete Verhandlungsbasis begrüßt hat. Im weiteren Verlauf der Versammlung sprachen Herr K. Lange, stellv. Geschäftsführer des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, über die augenblickliche Lage des Maschinenbaues und Prof. E. Schultze, Rektor der Handelshochschule Leipzig, über die weltwirtschaftliche Zukunft der Maschinenindustrie.

(Der Bericht über den weiteren Verlauf der Tagung befindet sich im Volkswirtschaftlichen Teil des Blattes.)

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	9. 5	8. 5.		9. 5.	8. 5
Tägl. Geld	3½ %	3½ %	Amsterd.	37,34	37,39
Berlin	23 G, 23½ B	23½ G, 23½ B	Zürich	—,—	17.79
höchster	keine Umsätze	keine Umsätze	Kopenh	17.02	17,00
niedrigst.	"	"	Prag	2,93	2,94
London			Rom	—,—	4.45
Kabel Tr.	4,3662	4,3637	Madrid	—,—	13 78
Lond. 60 T.	4,3362	4,3337	Silber, ausl.	65¼	64¾
Paris	5.93	6.03			
Brüssel	—,—	4 96			

New York, Produktenmarkt.

	9. 5	8. 5		9. 5	8. 5
Kaffee loco	14½	15,00	Eisen	21,50	21,50
" Mai	13.42	13,27	Weissblech	5,50	5,50
" Juli	12,82	12,64	Schmalz	11,50	11,55
" Sept.	12,17	11,95	Talg	7⅝	7⅝
" Dezbr	11.80	11,57	Bw. Saatöl l.	10,17	10,10
" März	11.50	11,24	" Juli	10.03	10,02
Baumwolle l.	31.70	30,50	Petroleum Cas.	16,90	16,90
" Mai	31.35	30,17	" Tanks	6.50	6.50
" Juli	29,20	28,38	" Stand Wh	13.50	13,50
" Aug.	26.98	26,25	" Cred. bal.	4,50	4.50
" Sept.	25.91	25 20	Zucker Juli	4.31	4.28
Zufuhr	4 000	5 000	" Sept.	4 36	4.32
Kupfer elekt.	13½	13⅝	Terpentin	89 00	89.00
Blei	7.37	7,37	" Sav.	82,00	82.00
Zink	5.82	5,82	Baumw. N. Orl.	30.88	29.88

	9. 5.	8. 5		9. 5.	8. 5.
Weizen, rot	120¾	119¾	Mehl, Sp.	5,10-5.50	5,10-5,50
Hartw.	121¼	120¼	Getrfr. Engl.	2 sh 9 d	2 sh 9 d
Mais	89⅛	90¼	Kontinent	14 cts.	14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	9. 5.	8. 5		9. 5.	8. 5.
Weizen Mai	104¾	103¾	Schmalz, Juli	10.72½	10.75
" Juli	106⅝	105⅜	Rippen, Mai	9.92½	9.92½
Mais Mai	77¼	75⅛	Speck	10,12½	10.12½
" Juli	77⅞	76⅜	Leichte Schwein. niedr.	7,05	7.05
Hafer Juli	44¼	44	Leichte Schwein. höchst	7,65	7.60
" Sept.	40⅛	39⅜	Schwere Schwein niedr.	7.45	7.40
Roggen Juli	66⅞	66⅞	Schwere Schwein höchst	7.70	7.65
" Sept.	68¾	68⅛	Zufuhr Chicago	25 000	32 000
Schmalz Mai	10,52½	10,55	Zufuhr Westen	118 000	120 000

Volksentscheid?

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat gestern den Beschluß gefaßt, „in der Frage der Annahme oder Ablehnung der Sachverständigenvorschläge den Volksentscheid herbeizuführen". Beim besten Willen ist es uns, selbst wenn wir versuchen, uns in die parteitaktischen Gedankengänge der Sozialdemokraten zu versetzen, nicht möglich, ein einigermaßen vernünftiges Argument für diese Entschließung zu finden. Die Berichte der ausländischen Gutachter stellen eine ungeheuer verwickelte Materie dar, zu deren Studium die berufensten Wirtschaftspolitiker eine tagelange intensive Arbeit verwenden müssen. Sie greifen in das unendlich komplizierte Gewebe des deutschen Wirtschaftslebens und der Weltwirtschaft zu tiefst hinein. Sie rollen die Frage der zukünftigen europäischen Politik in ihrer Gesamtheit auf. Und da soll über einen Gegenstand, der der breiteren Oeffentlichkeit nicht nur in seinen Einzelheiten, sondern auch in großen Zügen ein Buch mit sieben Siegeln ist, eine Abstimmung der Massen des Volkes herbeigeführt werden unter der Devise: Eure Rede sei Ja, Ja oder Nein, Nein. Was darüber ist, das ist vom Uebel? Verstehe das, wer kann.

Ein Zehntel der Reichstagswahlberechtigten, also etwa 3,6 Millionen Stimmen, müßten an die Reichsregierung das Begehren richten, dem Reichstag einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über diese Frage vorzulegen. Das Volksbegehren könnte sich also nicht darauf beschränken, in der banalen Formulierung des Parteibeschlusses Annahme oder Ablehnung der Gutachten zur Entscheidung zu stellen, sondern müßte genau in Gesetzesform umschrieben sein. Die Reichsregierung hätte diesen Entwurf mit ihrer Stellungnahme dem Reichstag einzureichen. Da es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit erfordert, ist die Ablehnung wahrscheinlich. Der Reichstag wäre bei der Beschlußfassung allerdings an keine Frist gebunden; die Angelegenheit könnte daher auf unbestimmte Zeit hinausgezögert werden. Würde aber der Gesetzentwurf schließlich abgelehnt, so hätte die Reichsregierung den Volksentscheid darüber herbeizuführen. Die Mehrheit der Stimmberechtigten müßte an der Abstimmung teilnehmen, und dieselbe qualifizierte Mehrheit müßte wiederum mit Ja stimmen, damit der ablehnende Beschluß des Reichstages aufgehoben würde. Dies der formale Weg. Es ist als vollkommen ausgeschlossen zu bezeichnen, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit der Stimmberechtigten, die für das Gesetz als ein verfassungsänderndes notwendig wäre, für ihren Antrag aufbringen könnte.

Forschen wir nach den Gründen des sozialdemokratischen Parteivorstandes, so geben wir offen zu, zunächst vor einem Rätsel zu stehen. Scheinbar lassen die zweifelhaften Lorbeeren die Sozialdemokratie nicht schlafen, die die Reichsregierung mit ihrem abstrusen Wahlaufruf: „Annahme der Gutachten oder neuer Weltkrieg" geerntet hat. Mit einer gewissen Spannung darf die nächste Nummer des „Vorwärts" erwartet werden, der ja wohl versuchen wird, diese Absurditäten einigermaßen begreiflich zu machen. Die Sozialdemokratie hat im Wahlkampf vor allem zu Gunsten der Kommunisten eine starke Niederlage erlitten. Wir können nicht verstehen, daß sie nun das Bedürfnis zeigt, dem kommunistischen Gegner, der ja schon den Wahlkampf zum großen Teile mit der Parole gegen das Sachverständigengutachten bestritten hat, einen neuen, so ausgezeichneten Agitationsstoff zu liefern. Weitere Hunderttausende von Stimmen würden ihr unweigerlich dabei verloren gehen. Sollte sie aber geglaubt haben, auf diese Weise die Annahme der Sachverständigenberichte auch gegen und ohne die Deutschnationale Volkspartei durchzusetzen, so liegt der sachliche Irrtum vor, daß eben eine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz notwendig wäre. Der gegenteilige Standpunkt ist völlig unhaltbar. Dann aber wird in tragischer Weise die Situation verkannt, die nach dem Ausfall der Wahlen ohne jeden Zweifel die Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung erfordert. Die Sozialdemokratie würde außerdem parteitaktisch die Haltung der Deutschnationalen außerordentlich erleichtern, weil diese nicht gezwungen wären, in der entscheidenden außenpolitischen Frage Farbe zu bekennen. Eine vorbehaltlose Annahme der Sachverständigenberichte auf gesetzlichem Wege auszusprechen, bedeutet die deutsche auswärtige Politik auch der geringsten Möglichkeit berauben, Milderungen und Abänderungen der Gutachten zu erreichen. Wenn ein solcher Volksentscheid angenommen würde, dann brauchte Deutschland auf absehbare Zeit überhaupt keine auswärtige Politik mehr. Selbst die englische Regierung bemüht sich mit einer Energie, die wir in ihrer Durchschlagskraft an dieser Stelle immer recht gering eingeschätzt haben, die Vorbehalte Poincarés, wenigstens soweit die englischen Interessen in Frage kommen, abzuschwächen. Und das deutsche Volk sollte freiwillig auf jede politische Aktivität verzichten und sich aus eigenem Antrieb durch einen Volksentscheid zur Ausbeutungskolonie des Weltkapitals erniedrigen? Es ist unbegreiflich, daß ein solcher Gedanke auch nur in die Diskussion geworfen werden konnte.

Oder soll etwa der Beschluß eine Wahlhilfe für die Linke in Frankreich sein? Auch in diesem Falle würde er die außenpolitische Lage Deutschlands nur verschlechtern. Das Ergebnis der Reichstagswahlen ist im Auslande überall, wie in der „D. A. Z." vorausgesagt wurde, vollkommen ruhig aufgenommen worden. Und selbst in der Hetze der reaktionärsten französischen Presse erkennt man gar zu deutlich die Rücksicht auf den eigenen Wahlkampf. Im Ausland könnte der sozialdemokratische Beschluß den falschen Eindruck erwecken, daß Deutschland nun doch auf Katastrophen hinsteuere. Das wäre eine kümmerliche Politik.

Alles in allem: eine politische Aktion, die selbst vom allerengsten Parteistandpunkt aus kaum erklärt werden kann, die die vielgepriesene Demokratie ad absurdum führen würde, ein Beschluß, der als eine tölpelhafte Spielerei oder als politische Frivolität erscheint.

Dr. F. K.